

Erst flog sie wie der Pfeil in Feindes Heer,
Doch meine Feder wuchs und ward zum Speer!

Trohlockend stieß ich sie, ein tödend Erz,
Der Pflasterflüge mitten durch das Herz.

Und Schwert und Feder, wenn mein Arm erschläft,
Sind Hutten's ganze Hinterlassenschaft.

Mein Schwert, das länger ich nicht führen kann,
Ergeissen mag's getroffen ein andrer Mann. —

Von keinem Finger werde sie berührt,
Die Feder, welche Hutten's Hand geführt!

Die streitet fort. Sie streitet doppelt kühn,
Wenn ich vermodert bin im Anselgrün.

Euer Reichthum war in Eurer Brust. Euer glühendes Herz
trieb Euch die rebellischen Gedanken ins Gehirn und drückte Euch
Schwert und Feder in die Hand. Es glühte für die Kämpfe der
Gegenwart und schwelgte in den Wonnen der Zukunft. Ihr packtet
das Heute mit derben Fäusten an; aber Euer Hoffen gehörte dem
Morgen.

Das Heute war so sonnig, wolkenrein,
Das Morgen wird noch wolkenlos sein!

Geduld! Wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den morden wir!

Und Ihr habt mit Eurer Feder manch lustig Stücklein aus-
gehakt. Ihr wart schon früh ein Freund der schwarzen Kunst und
wüthet sie wohl zu brauchen. Söhnen und Enkeln habt Ihr für
alle Zeiten gute Beispiele gegeben.

Der Vater sprach zu mir mit leisem Hohn:
„Besteht du's, bau mir eine Presse, Sohn!“

(Sie nennen Presse dort im Frankenland,
Was andern Ortes Kelter wird benannt.)

Sprach's und vertritt. Ich ohne viel Geschrei
Berief die Meister schwarzer Kunst herbei.

Da ward gesetzt, gedruckt, gepreßt, gedreht,
Biel tausend Blätter flogen rings verweht.

Auf einem ward dem Cajetan gedroht:
„Schlagt fromme Leute, den Legaten tot!“

Hier stand: „Und würd' ich drüber Lands verjagt,
Ich Hutten breche durch, ich hab's gewagt!“

Und dort: „Die barsche Luft der Freiheit weht,
Ich Hutten sporn' und stachle früh und spät.“

Das war ein helser und ein zorn'ger Wein,
Den ich gepreßt am Stachelbergerrain.

Ihr standet mit geschienten Beinen auf dem Boden der
Wirklichkeit und wart ein Feind aller Verstellungen. Das Ducken
und Mucken war Euch in tiefster Seele verhaßt; Ihr wüthet, was
die Zeit forderte.

Die Satyrmaske, lege sie beiseit —
Ein offnes Antlitz will die große Zeit.

Du kennst die Wahrheit, übe nicht Verrat,
Gib Zeugnis! Wage eine Mannesthat!

Bekenn', Erasme, ob du ein Baptist,
Ein Römer, oder evangelisch bist!

Kein Drittes! Gib in klarem Stille dich!
Du kneiffst die Lippen — bist du unser? Sprich! . . .

Dein schlaues Auge blickt mich spöttisch an? . . .
Vale, Erasme! Tot und abgetan!

Und Ihr wüthet, was dem Volke not tat. Was gält Euch
alles kluge Wissen, wenn es nicht zur Tat ward!

Dein edles Wissen, sprach ich, liegt dir tot,
Du bietest Gold und wir bedürfen Brot!

Die Menge hungert, ahnstest du es nie?
Hervor mit deinen Horten! Speise sie!

Dein Denken, sprach ich, ist ein eiter Traum,
Wächst drangvoll nicht daraus ein Lebensbaum. . . .

Euer Glaube an die Zukunft war unerschütterlich:
Ich glaube nicht an alter Zeiten Glück!
Ich breche durch und schaue nicht zurück!

Gesättigt wird das menschliche Geschlecht
Mit Wahrheit werden und getränkt mit Recht!

Und so habt Ihr das Ziel Eures Kampfes gesehen: Der
Menschheit Glück und Freude. Ein Jubelhymnus rang sich auch
aus Eurer Brust, als Ihr das Land der Zukunft schautet.

Ich schaute — wunderbarer Morgentraum —
In eines Kampfs gestaltvollen Raum.

Ein mächtig Ringen war's der Geisterwelt,
Von wehenden Flammen wechselfoll erhellt.

In Welschland, wenn ich mich besinnen mag,
Sah schier ich so gemalt den jüngsten Tag.

Wo, streng gerichtet, was von Euen stammt,
Zur Hälfte steigt, zur Hälfte sinkt, verdammt.

Doch nein! Die letzte Scheidung war es nicht,
Es war ein mut'ger Sturm empors ins Licht!

Sie rangen alle mit vereinter Kraft,
Beseelt von eines Kranzes Leidenschaft.

Bankt einer wie gelähmt vom Pfeilgeschöß —
Den riß empor ein stärk'rer Kampfgenöß.

Und mancher Kühne stieg in schwerem Flug,
Der einen Wunden auf der Schulter trug.

Da hab' ich eines Führers Ruf gehört:
„Der Kerker“, schrie er, „Geister, ist zerstört.“

Das Tor gebrochen! Offen ist die Bahn!
Befreit die Brüder! Auf! Empor! Hinan!“

Aus lichten Wolken scholl Posamenton,
Doch war's ein Siegesjubel, nicht ein Drohn.

Da plötzlich stund ich im im Gemölke vorn
Und stieß aus voller Brust ins Jägerhorn.

Auffschwebt der sel'ge Zug in mächt'gem Drang,
Ich stieß ins Horn, daß mir das Herz zerprang.

Ihr seht die qualbefreite Menschheit nur im Traum, Herr
Ulrich, wir wollen sie auf fester Erde sehen. Das ist das Ziel, dem
unser Kampf gilt. Und wir werden diesen Kampf kämpfen mit all
der Glut unseres Herzens, die die Begeisterung für der Menschheit
Sache in uns entfesselt hat. Und über all den Bedenklichkeiten und
Kleinmuth und aller Bangigkeit wird stolz Dein Wahlspruch stehen

Und würd' ich drüber Lands verjagt,
Ich Hutten breche durch, ich hab's gewagt!

Zwei Dinge sind es, die über des Menschen Herz neue sonder-
bare Macht gewinnen am Abend seiner Tage — die Religion
und das Vaterland.

Es ist gefährlich dem Volke allgemeines Staats- und Menschen-
recht zu lehren.

Weltherrschaft ist das Grab der Menschheit.
Aus Webers „Demokrat“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der
„Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 32

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.. Nummderstraße Nr. 23. ..

Bremen, den 11. August 1917

Einzelnummer 15 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Bfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:	
Ueber Parteiprogramme	Seite 241
Die österreichische Sozialdemokratie und der Friede	243
Die äußere und innere Lage Rußlands	244
Zum Komplott gegen die Bolschewiki	247
Aus unserm politischen Tagebuch	248

Ueber Parteiprogramme.

Vor nunmehr 70 Jahren schrieben Marx und Engels
das „Kommunistische Manifest“, die Geburtsurkunde
des seiner Klassenlage bewußten Proletariats, das im
Klassenkampfe das Mittel zur Lösung seiner historischen
Aufgabe und zu seiner eigenen Befreiung sieht. Der
Bund der Kommunisten war die Vorhut des Pro-
letariats, das damals seine ersten Schritte über eine
blindwütende Empörung hinaus tat. Von der Kleinheit
dieses Trupps klarer Köpfe kann man sich aus der Tat-
sache einen Begriff machen, daß sie schon auf je 30 Mit-
glieder einen Vertreter zu ihren internationalen Tagungen
vorsah. Und dennoch konnte dieses Fähnlein Aufrechter
in den revolutionären Bewegungen der Jahre 1848-49
eine tiefgehende Wirkung ausüben, indem sie die poli-
tische Hochspannung jener Tage zur Anfrüttelung und
Aufklärung der Arbeiterklasse benutzte und in den Kämpfen
um die Demokratie die radikalen Parolen ausgab und
die Führung übernahm. Das kommunistische Manifest
hat in diesen Kämpfen zum ersten Male seine wissen-
schaftliche Wahrheit und seine propagandische Wirk-
samkeit, wenn auch diese vorläufig nur in engeren Grenzen,
erprobt. Bis jetzt ist es die knappste und zündendste
Zusammenfassung der marxistischen Lehre geblieben. Voll-
kommen wie Pallas Athene, gerüstet und bewehrt, war
der Marxismus in dieser seiner ersten Daseinsform dem
Haupte seines Schöpfers entsprungen.

Gegenüber dem kommunistischen Manifest stellen alle
Programme der sozialistischen Organisationen bis zum
Falle des Sozialistengesetzes einen gewaltigen Rückschritt
dar. Im Programm der Internationalen Ar-
beiterassoziation (1864) hatte Marx, der selbst die
Grundlage dafür gegeben hatte, sich zu Konzessionen an
kleinbürgerliche Denkweise der Proudhonisten usw. ver-
stehen müssen, durch welche die ehernen Quader der
marxistischen Sätze von einer rührend lächerlichen Senti-
mentalität gekrönt wurden. Es hieß darin:

In der Erwägung, daß die Emanzipation der arbeitenden
Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß
daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom
Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit . . . die Grundlage der

Knechtschaft in jeder Form . . . bildet, daß deshalb die ökonomi-
sche Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist,
welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unter-
ordnen sollte, . . . daß die Emanzipation der Arbeit weder ein
lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist,
welches alle Länder umfaßt . . . usw.

Aus diesen Gründen erklärt der erste internationale
Arbeiterkongreß, daß die internationale Arbeiterassoziation und alle
ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht
und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter-
einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rück-
sicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen

Vor wenigen Jahren noch konnte ein heißer Streit
darüber entbrennen, ob dieser aufgepöppelte Gipfelsatz von
Marx stamme oder nicht. Zeigt das nicht, daß selbst in
der Führerschaft der Sozialdemokratie der Marxismus
noch nicht hauttief eingedrungen war?

Besser war das Eisenacher Programm von
1869. Dagegen bedeutete das Einigungsprogramm
von 1875, das von Marx kritisch zerlegt wurde, einen
schweren Rückschlag, nicht allein deshalb, weil es den firen
Ideen der Lassalleaner bedenklich entgegenkam, sondern
auch weil es durchaus von moralisierenden Gesicht-
spunkten ausging. Aber Marx hatte ganz recht, wenn er
an die Spitze seiner Kritik den Satz stellte: „Jeder
Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend
Programme.“ Der Kampf gegen das Sozialistengesetz
machte bald der alten Utopisterei ein Ende.

Nach dem Falle des Ausnahmegesetzes gab sich die
Partei das von Kautsky verfaßte Erfurter Pro-
gramm von 1891. Der Fortschritt in seiner Formu-
lierung bestand vor allem darin, daß es nicht einfach die
Parteigrundzüge aufstellte, sondern sie aus dem gesell-
schaftlichen Umwälzungsprozeß im Kapitalismus hervor-
gehen ließ. Sie verloren dadurch ihre ideologische Starr-
heit und wurden lebendige Produkte des dialektischen
Prozesses. Das Programm wurde damals ohne Debatte
einstimmig angenommen, ein Beweis dafür, wie einheit-
lich damals die Parteiauffassung noch war, oder doch
wie gering das Bewußtsein von den Differenzen inner-
halb der Partei. Die Jungen hatten eben unter Formen,
die der herrschenden Richtung der Partei nicht gerade
zur Ehre gereichten, der Partei den Rücken kehren
müssen. Aber Vollmar entwickelte schon die Grundzüge
einer revisionistischen Taktik, die mit dem Programm
nicht zu vereinbaren war.

Indem das Programm den historischen Prozeß als
seine eigene Grundlage anerkannte, sprach es damit aus,
daß es selbst auch den Folgen dieser Entwicklung unter-
worfen sei. Nun hat nach 1891 die imperialistische Ent-

wirkung eingesetzt, die neue Grundlagen für den Kampf der Arbeiter schuf und die die Partei selbst zerklüften mußte. Um die Jahrhundertwende, gerade in der Zeit, wo die deutsche Politik entscheidend in das weltpolitische Fahrwasser einlenkte, trat der Revisionismus anspruchsvoller auf und es ist jetzt offenbar geworden, daß er in seinem inneren Wesen imperialistisch ist. Zugleich erwies sich der Imperialismus als der Versuch des für die Sozialisierung reifen Kapitalismus, seine Lebensdauer zu verlängern, was als Gegenwirkung die linksradikale Strömung auslöste. Das Zentrum der Partei schien den beiden Strömungen gegenüber auf der alten Grundlage und Taktik stehen zu bleiben. Aber der Stillstand war Rückschritt, es kam immer tiefer in die revisionistische Taktik einer bürgerlichen Reformpartei hinein. Solange die Revisionisten in der Minderheit waren, drängten sie auch nach einer Revision des Programms hin. Als aber die offizielle Parteipolitik mit dem Parteivorstand an der Spitze ihnen Konzessionen machte, da ließen sie ruhen, was ruht; sie ließen das Parteiprogramm einfach beiseite liegen, weil es sie nicht störte. Es ist leicht möglich, daß auch die neue Sozialdemokratische Partei der Scheidemänner, die eine ganz andere ist als die der neunziger Jahre, das alte Programm aus demagogischen Rücksichten bestehen läßt. Man begünstigt dadurch die Bedenklichen, zur Richtschnur braucht man das abgegriffene Stück Papier ja doch nicht mehr zu nehmen. Die Erklärung genügt: Wir machen wahr, was wir immer gesagt. Daß die Unabhängigen am Erfurter Programm festhalten, entspricht nur den Tatsachen. Sie stehen dort, wo die Partei 1891 stand.

Die Linksradikalen konnten, solange der Klärungsprozess innerhalb der Partei nicht abgeschlossen war, durch das Herausheben des Kerns der Programmgrundlage auskommen. Jetzt genügt das nicht mehr. Das Programm ist rein politisch. Es begnügt sich damit, für den gewerkschaftlichen Kampf politische Rechte zu fordern.

Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.

Das ist die Zweiteilung der Arbeiterbewegung, die bisher eine historische Notwendigkeit war, die aber jetzt zu einem Hemmschuh für ihre Aktionen wird. Es ist nicht mehr richtig, daß die politische (parlamentarische) Tätigkeit der Sozialdemokratie den Gewerkschaften die nötige Aktionsfreiheit schafft und sichert und diese dann selbständig ihren Weg gehen können. Vielmehr werden große politische Erfolge der Arbeiterklasse nur noch erungen durch die Mobilisierung ihrer wirtschaftlichen Macht, die in der gewerkschaftlichen Organisation ruht. Wirtschaftliche Erfolge aber läßt sich das moderne Großkapital nicht mehr abtrotzen. Es bedarf dazu des stärksten Druckes auf den Staat selber, der nur durch Kämpfe auf breiter Grundlage zu erzielen ist. Dieses gegenseitige Durchdringen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes fordert gebieterisch auch die einheitliche Organisation und eine entsprechende Gestaltung des Programms.

Diese notwendige Aenderung der Kampfmethoden hat ihre Ursachen in der Stärkung der Macht des Großkapitals, hinter dem die bewegliche Finanzkraft der Banken steht, und das den stärksten Einfluß auf die Staatspolitik ausübt. Zeigte sich das bisher auch nur deutlich in der äußeren Politik, so wird künftig der

Einfluß auf die innere Politik, bei der gewachsenen Abhängigkeit des verschuldeten Staates vom Kapitalmarkt, auch bedeutend stärker werden. Dekonomisch führte die wachsende Macht des vereinigten Bank- und Industriekapitals zur Ueberwindung der nationalen Schranken. Der Kapitalexport hat die Möglichkeiten zur Ausbeutung fremder Länder im Interesse des einheimischen Kapitals stark gefördert, hat bei dem nur geringen Unterschied im Entwicklungsgrade der modernen Kapitalmächte zu einem wütenden Kampfe um Absatz- und Rohstoffgebiete, um Länder, die mit Hochdruck dem Kapitalisierungsprozess unterworfen werden können, geführt. Beständige Kriegsgefahr und gewaltsame Entladungen, wie der gegenwärtige Weltkrieg, sind die Folgen. Zugleich aber führt diese Ueberschreitung der nationalen Grenzen durch das Kapital zur internationalen Vertrufung, die zwar zunächst nur den Zweck hat, den einzelnen nationalen Kapitalmächten Löwenanteile an der internationalen Beute zu sichern, zugleich aber auch den wirtschaftlichen Betrieb internationalisieren muß. Erzwingt diese ganze geschichtliche Entwicklung Arbeiteraktionen auf internationaler Grundlage, so bringt sie andererseits, durch die Gelegenheit zu Extraprofiten aus den wirtschaftlich unterjochten Ländern, manche Arbeiterschichten in die Versuchung, durch Förderung der imperialistischen Politik an diesen Extraprofiten teilzunehmen und dadurch die Klassenolidarität zu zerstören. Dieser ganze Komplex von neuen Erscheinungen war bei der Abfassung des Erfurter Programms noch nicht vorzusehen. Deshalb bringt es nur die völlig ungenügende Formulierung:

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

An Stelle des gemeinsamen internationalen Kampfes also eine bloße Sympathieerklärung, deren Wert im Weltkrieg erprobt worden ist: Gewogen und zu leicht befunden. Gerade weil das Programm, — weil die Politik der einzelnen Parteien der zweiten Internationale sich streng an den Rahmen des nationalen Staates hielt, trat jene Kritiklosigkeit gegenüber den anderen Staaten auf, z. B. gegenüber Frankreich, England, Amerika, deren Grundlage in Wirklichkeit eine nationale Beschränktheit war, wie sich herausgestellt hat, und die flugs während des Krieges in ihr Gegenteil umspringen mußte.

Das Erfurter Programm setzte einen Kapitalismus voraus, der noch stark lebens- und entwicklungsfähig ist, nicht den Kapitalismus fin de ses jours, den Kapitalismus, mit dem es Matthäi am Letzten steht, wie wir ihn heute vor uns haben. Da konnte sich das Programm nicht einfach mit der Parole Sozialismus begnügen, die uns heute die Antwort auf jede Frage ist. Die Partei mußte ein Programm von Forderungen an den Gegenwartstaat richten. Und diese Forderungen haben im Allgemeinen ihre Schuldigkeit getan. So hat das allgemeine Wahlrecht wesentlich für die Politisierung der Arbeiterklasse mitgewirkt und der Parlamentarismus ist ein vorzügliches Propagandamittel gewesen. Wir werden

darauf auch jetzt nicht verzichten. Aber jetzt, wo er mehr sein will, wo es darauf ankommt, die gesammelten proletarischen Kräfte zu mobilisieren, kann es nur zu einer Täuschung der Arbeiter über die wirklich treibenden Kräfte in der Politik, zur Lähmung der Arbeiterklasse führen, wenn der Parlamentarismus weiter so im Vordergrund stehen bleibt, wie in den letzten Jahren, wenn er zum parlamentarischen Kretinismus führt. Wird heute den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht versprochen, so bedeutet das eben, daß man in solchem Zugeständnis keine ernste Gefahr sieht.

Die wundervollsten Auslegungskünste hat der dritte Absatz des Gegenwartsprogramms heraufbeschworen:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Es wird unsere Stellung zur Milizfrage klarzulegen sein. Was die pazifistischen Forderungen dieses Absatzes anlangt, so äußerte seinerzeit Wilhelm Liebknecht darüber: „Daß wir keine Utopisten sind in bezug auf den „ewigen Frieden“, hat sich bereits auf dem Brüsseler Kongress zur Genüge gezeigt. Wir haben dort in der bekannten Resolution ausgesprochen, daß der Zustand, welcher die permanente Kriegsgefahr und den Militarismus bringt, in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, im System des Kapitalismus wurzelt. Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, welche die Ursachen belassen und bloß die Folgen beseitigen wollen. Trotzdem stellen wir die Forderung auf, daß ein internationales Schiedsgericht errichtet werde, vor welches die Streitigkeiten der Staaten untereinander zu bringen sind. Vorläufig wird diese Forderung ja nicht verwirklicht werden, — aber wir haben uns über diese die ganze zivilisierte Welt so tief berührende Frage auszusprechen und wir müssen zeigen, daß wir jeden ernststen Versuch, die Kriegsgefahr zu beseitigen, als Partei unterstützen, jedoch ohne in die flache bürgerliche Friedensutopisterei zu geraten.“ Das ist artiges Quiproquo, bei dem jeder Nachsatz den Bordsatz teilschlägt. Die „historische Entwicklung“ des Satzes besteht nur darin, daß er wirklich zur reinsten bürgerlichen Friedensutopisterei bei unserer Parteizentrum geführt hat. Was vom heutigen Staat nicht erfüllt werden kann, gehört prinzipiell nicht in ein Gegenwartsprogramm hinein, weil es nur Illusionen in den Arbeitern wecken kann.

Das dürften die wesentlichsten Punkte sein, die wir gegenüber dem Erfurter Programm hervorzuheben haben. Das würde bei der Schaffung eines neuen Parteiprogramms zu bedenken sein.

Welchen Zweck soll nun ein Parteiprogramm haben? Es soll eine Standarte, ein Orientierungsmittel sein, um das sich die Arbeiter scharen. Ein Programm kann nur knapp Wesen und Ziel der Bewegung angeben. Es ist positiv und nicht kritisch. Dort, wo die Orientierung leicht und einfach ist, genügt es. Das war 1891 der Fall, wo die politisch interessierte Arbeiterschaft nur die eine Standarte, die eine Sammelstelle sah. Anders war es 1847, wo das Bewußtsein der Arbeiterklasse eben geweckt war und der Sozialismus in einer Menge von Spielarten herumspukte. Darum konnte dem Kommunistenbund ein Programm nicht dienen. Er brauchte ein Mani-

fest, in dem er sich kritisch mit den anderen Strömungen auseinandersetzte. Marx hat das mit dem „wahren“, dem „konservativen“, dem „utopischen“ Sozialismus glänzend getan, indem er deren Wesen herauschälte und dem modernen Sozialismus entgegensetzte. In derselben Lage sind wir. Deshalb wird es nötig sein, ein Manifest zu schaffen, in dem wir unsere grundsätzlichen Auffassungen niederlegen und Kritik üben am Wesen der alten Partei, des Parteizentrums und der neuen Partei der Sozialpatrioten, die unter der alten Flagge der Sozialdemokratie segelt. Damit werden wir uns unser Hauptpropagandamittel schaffen.

Die österreichische Sozialdemokratie und der Friede.

Die Männer, welche am 5. August des Jahres 1914 mit Begeisterung die Arbeiterschaft in den Dienst des Vaterlandes gestellt, die den Klassenkampf preisgaben, um bürgfriedlich die „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundlagen“ des Staates zu verteidigen, sind nun im Begriffe, neuerdings umzulernen. Sie wollen es vergesen machen, daß die Parteileitung in der „Selbstbehauptung“ so weit ging, selbst Annektionen grundsätzlich nicht abzulehnen, wenn sie der „Völkerbefreiung“ dienen. „Keine Annektionen“ bedeutet die „Rückgabe Polens“ sprach Viktor Adler wider seinen Sohn polemisch, „und das will ich nicht“. Man war bereit, jede, auch die kühnste Forderung der Regierung zu unterstützen. Nun ist man müde geworden; die helllodende Begeisterung des Spielbürgers ist verfliegen, die Arbeiterschaft beginnt sich auf sich selbst zu besinnen, denn unermüdet predigt die Wirral des Tages die alte Lehre, den alten Kampf. Selbst die machgebende Bourgeoisie und die sie beherrschende Schicht der Finanzkapitalisten ist in Oesterreich friedfertig geworden. Nachdem weite Kreise des Mittelbürgertums der Proletarisierung zugeführt, die selbständige Existenz bisher leistungsfähiger Kleinbürger vernichtet, die Kriegsgewinne gesichert, die Konzentration des Kapitals und der Betriebe in ungehörter Weise sich vollzogen hat, haben die imperialistischen Kreise vorläufig ihr Ziel erreicht.

Die Friedensbereitschaft ist selbst in diesen Kreisen allmählich echt geworden. Das Friedensangebot der Regierung trug demnach einem Bedürfnisse maßgebender Faktoren Rechnung. Vielleicht auch nur, um diesen einigen guten Willen zu beweisen, sind die Anregungen des Herrn Burian, des ehemaligen gemeinsamen Finanzministers und vor kurzem Minister des Außeren, erflossen, die letzten Endes zu dem bekannten Angebote und zu seinem eigenen Sturze geführt haben.

Für unsere Sozialpatrioten begann nun eine große Zeit. Man ist bei den staatlichen Behörden gegen Friedenswünsche tolerant geworden, man ermutigt sogar die Stimmung für annektionslose Verständigung; muß da die österreichische Sozialpatriotie nicht, ebenso wie sie den „aufgenötigten Abwehrkampf“ der Regierung unterstützte, die Annektionswünsche derselben stillschweigend gefördert, nun auch den keimenden Friedenswillen unserer Nachhaber unterstützen? In der Tat! In einer Friedensversammlung in Favoriten hielt Viktor Adler eine Rede, in welcher klar zum Ausdruck kam, daß man die Regierung auf ihren neuen Wegen fördern und

unterstützen müsse. Der Ruf nach Frieden ist nicht der Schrei nach Wiederaufnahme des Klassenkampfes für den Sozialismus, sondern das Bestreben, die „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundlagen“ des Staates zu konservieren, damit nicht die „Selbstbehauptung“ zur „Selbstvernichtung“ führe. Der Brief des Präsidenten Wilson bot den Anlaß zu einem würdelosen und unproletarischem Gebahren. Gleich wie Viktor Adler dem aufgeklärten, erleuchteten Kandidaten amerikanischer Trustmagnaten in einem demütigen Telegramme seine Huldigung übermittelte, wurde auch in den übrigen Durchhalte-Friedensbereitschaftsversammlungen die völlige Solidarität mit der Regierung ausgesprochen, der man nur den gutgemeinten Rat schlug, daß sie in anderer Form ihren Willen hätte zur Geltung bringen sollen.

Im wesentlichen boten diese Friedensversammlungen alle das gleiche Bild: Glänzender Besuch, erwartungsvolle Spannung auf Seiten der Zuhörer — war es doch seit 3 Jahren das erste Mal, daß die österreichische Sozialdemokratie den Massen ein Lebenszeichen von sich gab — und „Worte, Worte, nichts als Worte“ auf Seiten der Redner. Viktor Adler, geistvoll witzig, entfesselte Lachstürme, in deren Tosen die gegen seine Ausführungen gerichteten Zwischenrufe einiger Weniger untergingen. Friedrich Austerlitz harmloses Friedensgewinsel täuschte die Zuhörer über den Kernpunkt der Frage hinweg und Rudolf Müller, der Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, schwelgte in wienerisch-sentimentaler Rührseligkeit. Robert Danneberg war der Einzige, der in klaren, sachlichen Ausführungen den marxistischen Standpunkt vertat und den Glauben an den „ewigen Frieden“ unter der Herrschaft des Kapitalismus rücksichtslos zu zerstören suchte. Seine Resolution freilich, die in den Versammlungen vorgelegt wurde, atmete nicht denselben Geist. Dem Sozialpatrioten Volkert trat ein Genosse entgegen und verwies darauf, daß die Sozialdemokratie in diesem Kriege ihre Aufgabe nicht erfüllt, „dem Dasein und der Entwicklungsfähigkeit der Arbeiterbewegung“ schlecht gedient habe; es gehe nicht darum, den Diplomaten gute Lehren zu geben. Die Arbeiter-Zeitung sah sich dadurch veranlaßt, in einem denunziatorischen Artikel den betreffenden Redner zu beschimpfen. Auch Herr Leuthner, der glorreiche Entdecker des russischen Volksimperialismus, mußte es sich gefallen lassen, daß einige Versammlungsteilnehmer ihrer Unzufriedenheit mit der Art, wie er seine strategischen Kenntnisse zum Besten gab, in kräftiger Weise Ausdruck verleihen. Die einzige Frauenversammlung trug einen radikaleren Charakter. Diesen erhielt sie hauptsächlich durch die von Theresie Schlesinger verfaßte Resolution, von deren Geist auch ihre Ausführungen getragen waren und durch die Schlusssätze der Vorsitzenden Proft, denn die Reden der beiden anderen Frauen waren teils Stimmungsmache (Adelheid Popp) teils Bluff (die „Internationalistin“ Emmy Freundlich).

Hoffentlich wird die oppositionelle Stimmung, die in schwachen Ansätzen sich zeigt, weiter um sich greifen und sich durch Kreiseinteilungsentwürfe und dergleichen nicht bannen lassen.

Die äußere und innere Lage Rußlands.

Tu l'as voulu Georges Dandin!

Die russische Offensive hat ein schnelles Ende ge-

funden. Das wilde Siegesgeschrei hat dem Schreckensruf: Das Vaterland ist in Gefahr! Platz gemacht. Und die, die Offensive als Mittel der Zertrümmerung der revolutionären Sozialdemokraten, der Bolschewiki, begrüßt haben, sie klagen jetzt die Bolschewiki an, daß sie die Niederlage verursacht haben. Im Stile der Pogromproklamationen der alten zarischen Regierung, die den Juden die Schuld für alle Niederlagen zuschrieb, erhebt die Prov. Regierung die Anklage gegen die „anarchistische“ Propaganda der Bolschewiki, nennt sie mit eiserner Stirn in einem Atem mit den deutschen Agenten. Aber wie die zaristischen Pogromisten zwar tausende Juden der Vernichtung ausliefern konnten, aber außer Stande waren, ihr fluchbeladenes System zu retten, so werden die jetzigen Machthaber zwar im Stande sein hunderte unserer Genossen in die Gefängnisse zu werfen, die revolutionäre Sozialdemokratie vielleicht auf eine kurze Zeit zu schwächen, aber dem Urteil der Geschichte, das schneller als jemand annimmt, von den Volksmassen an ihnen vollstreckt wird, werden sie nicht entgehen. Sie tragen vollkommene Verantwortung für das vergossene Blut, für diese schreckliche Niederlage, sie werden zu verantworten haben, daß sie die Armee der Revolution, wie einst die Generale des blutigen Zaren, entgegen ihrem Willen mit Kanonen ins Feuer zu treiben versuchten. Das, was gekommen ist, war von den revolutionären Sozialdemokraten vorausgesehen. Der Zarismus ist von den Volksmassen weggesetzt worden. Was bedeutet das? Daß der ältere Zwang, die Gewalt nicht mehr im Stande war die Massen ins Feuer zu treiben. Ein Teil des Heeres verabscheute den Krieg, weil er wußte, daß es ein räuberischer Krieg um kapitalistische Interessen ist.

Die revolutionäre Regierung konnte nicht kurzer Hand den Frieden mit Deutschland schließen. Sie konnte ihm nicht Rußland auf Gnade und Ungnade ausliefern und wollte ihm nicht den Weg zum Siege über Westeuropa bahnen. Gut! Aber dann mußte sie den Weg beschreiten, auf dem sie den Volksmassen Rußlands bewies, daß sie nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigenen Interessen kämpften. Das konnte nur geschehen, wenn die Regierungsgewalt durch eine Koalition der antiimperialistischen Schichten, d. h. des Proletariats, Bauerntums und des städtischen Kleinbürgertums übernommen würde, wenn sofort den Bauernkomitees die Verwaltung von Grund und Boden der Junker und der zarischen Familie überwiesen würde, wenn sofort die Banken, die großen kartellierten Unternehmungen provisorisch in die Verwaltung des Staates übergehen würden und so die Produktion, der der Allgemeinheit notwendigen Güter gesichert, den Hyänen des Krieges das Handwerk gelegt würde.

Die Volksmassen konnten mit der Weiterführung des Krieges — falls sie unumgänglich wäre, nur dann ausgehöhlt werden, wenn die revolutionäre Regierung die Verträge des Zarismus zerreißen, wenn sie seine Schulden abschütteln würde. Nur wenn das alles geschehen würde, konnte man darauf rechnen, daß die Kriegsmüdigkeit der Volksmassen, daß die wirtschaftliche Deroute soweit überwunden würde, daß das revolutionäre Rußland mit Waffen in der Hand warten konnte, bis unter seinem Einfluß die Liquidierung des Krieges ermöglicht würde.

Die kleinbürgerlichen Sozialisten, die Sozialpatrioten, haben alles, was das Interesse der Revolution erfordert, unterlassen. Sie haben nicht nur den Bauern Grund und Boden nicht gegeben, sondern das anfangs erlassene Verbot des Bodenschachers aufgehoben. Sie haben der kapitalistischen Spekulanten erlaubt, ruhig weiter die Preise in die Höhe zu treiben. Sie haben nicht gewagt die Verträge der zarischen Regierung und ihre Schulden zu annullieren. Aber sie haben doch zu sehr vom Baume der Erkenntnis gegessen, um frisch und fröhlich den Massen einzureden, die Entente kämpfe für Recht und Freiheit. Indem sie die Revision der Kriegsziele der Entente öffentlich forderten, haben sie den Volksmassen bestätigt, daß vorerst der Krieg um Ziele geführt wird, die nicht die des revolutionären russischen Volkes sind. Und bevor sie die Revision der Kriegsziele der Entente erreicht haben — sie werden sie niemals erreichen — forderten sie von den revolutionären Soldaten den Uebergang zur Offensive.

Ein großer Teil der Armee war gegen diese Offensive. Da versuchte Herr Kerenski ihren Widerstand zu brechen. Er ließ ganze Regimenter auflösen, er ließ nach zarischem Muster die „Rädelsführer“ arretieren. Aber vergaß dabei eine Kleinigkeit. Der Versuch, die Truppen durch Gewalt ins Feuer zu treiben wurde schon einmal unternommen: von der zarischen Regierung nämlich, und er hat schon damals verjagt. Wenn der aktive Widerstand der Armee gegen die Offensive auch diesmal noch so gering war, daß er gebrochen werden konnte, so war der passive Widerstand, der aus mangelndem Vertrauen zur Politik der Kerenski u. Co. resultierte, schon so groß, daß er zum militärischen Zusammenbruch führen mußte.

Wie alle Bankrotteure suchen jetzt die Kerenski's die Schuld den Bolschewiki zuzuschreiben. Sie haben vergessen, was sie noch vor ein paar Monaten sehr gut verstanden, daß jede Agitation ohnmächtig ist, wenn sie nicht den entsprechenden Boden vorfindet und besteht dieser Boden, so führt er zu einer ihm entsprechenden Agitation. Würde keine bolschewikische Partei existieren, die diese Stimmung gegen die Offensive politisch formte, so würde diese Stimmung in formloser Weise ihren spontanen Ausdruck finden. Aber ohne Offensive lebten wir von Gnaden der Deutschen, die zum Angriff gegen die russische Revolution übergehen konnten, wann es ihren Interessen entsprach — jammern jetzt die Sozialpatrioten.

Das ist eine unsinnige Ausrade. Die russische Revolution ist nicht mehrlos, sie verfügt über eine wichtige Waffe, über ihr eigenes Wesen. Wenn sie ihren antiimperialistischen, ihren proletarischen Charakter mit voller Entschlossenheit entfaltet, dann ruft sie die Hilfe der Götter herbei.

Die Niederlage, der Zusammenbruch der russischen Offensive ist ein Zusammenbruch des politischen Systems des russischen Sozialpatriotismus. Die Sozialpatrioten haben die Volksmassen auf die Schlachtbank geführt, obwohl die revolutionären Sozialdemokraten vor dem Abenteuer gewarnt haben. Mit dem Blut der Volksmassen besleckt, wagen sie jetzt die revolutionären Sozialdemokraten des Verrats am Lande zu bezichtigen. Sie konnten die revolutionäre Armee niederkartätschen, wie sie die russischen revolutionären Kriegsschiffe feige zu torpedieren befohlen. Ihre Ehre aber können sie ihr nicht rauben,

denn sie selbst stehen durch ihre Taten entehrt da. Und wenn sie glauben, daß sie durch Diffamierung der Vorderreihen der Revolution ihren Einfluß auf sie stärken zu können, so beweist das, daß sie schon vollkommen den Kopf verloren haben wie Korres, der das wogende Meer zeitlich lieb.

Die Jakobiner gegen das Volk.

Die Niederlage der Sozialpatrioten auf den Schlachtfeldern Galiziens war begleitet durch eine große innerpolitische Niederlage: der Tartarin de Tarascon des russischen Sozialpatriotismus, der Minister der Landwirtschaft, Tschernow, teilte den Austritt der Kadetten den demonstrierenden Arbeitern mit der Bemerkung mit: Die Kadetten sind weg, glückliche Reise! Aber auf der Stelle antwortete ihm ein Arbeiter: Warum haben sie ihnen nicht früher den Reisepaß gegeben?

Alle Anklagen, die jetzt die Sozialpatrioten gegen die Kadetten erheben, können ihren eigenen Bankrott nicht verdecken. Umgekehrt, sie zeigen nur, daß wir hier nicht einem betrügerischen Bankrott zu tun haben.

Der Abgang der Kadetten bedeutet nur, daß die Partei, die uns ohne Erfolg Nicolaus den Zweiten ausdrängen wollte, zu den äußersten Mitteln greift, um die russische Revolution zu bekämpfen — schreibt das Stockholmer Bulletin des Arbeiter- und Soldatenrates über den Rücktritt der Kadetten-Minister. Die russischen Imperialisten haben sich den Weg nach Konstantinopel über die Leiche der Revolution vorgezeichnet, heißt es in demselben Blatt. Der Redakteur des Bulletin und seine Auftraggeber stellen damit drei Tatsachen fest: 1. daß die Kadettenpartei eine monarchische Partei, 2. daß sie eine imperialistische Partei, 3. daß sie eine konterrevolutionäre Partei ist. Wenn das wahr ist, dann sind die Herren Sozialpatrioten entweder bewußte, oder betrogene Betrüger.

Vom ersten Tage der Revolution an, haben sie doch bei dem arbeitenden Volke um Vertrauen für die provisorische Regierung gebettelt, in der Konterrevolutionäre, Monarchisten, Imperialisten saßen; sie haben dem europäischen Proletariat vorgelogen, daß diese provisorische Regierung für einen Frieden ohne Annexionen ist. Jetzt erklären sie selbst, daß die Kadetten in dieser Regierung nichts anderes taten, als daß sie auf das Verrecken der Revolution warteten, um über ihren Leichnam nach Konstantinopel zu gelangen.

Aber was gedenken die Sozialpatrioten jetzt zu tun, nachdem sie sich überzeugt haben, daß die Vertreter des am weitesten links stehenden Flügels der Kapitalistenklasse, mit denen sie zusammen die russische Revolution retten wollten, Gegner dieser Revolution sind, haben sie daraus den einzigen Schluß gezogen, daß — mag die Aufgabe schwer oder leicht sein — sie nur durch eine Regierung gelöst werden kann, an der keine Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie beteiligt sind, d. h. durch die Regierung aus Vertretern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegiertenräte, wie das die Bolschewiki vom Anfang der Revolution fordern. Die Bankrotteure des Sozialpatriotismus setzen ihre Politik fort. Sie suchen alle portfeuillelustigen Bourgeois, hinter denen nichts steht, um nur den Schein zu retten, daß die Regierung eine Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie darstellt. Toffremoff, Baruschnikoff sind Nullen, wenn es

sich um ihren Einfluß auf die kapitalistische Bourgeoisie handelt. Sie werden aber im Kabinett als Bremse wirken. So sucht sich der Bankerotteur durch allerhand neue Kombinationen zu retten, und sinkt immer tiefer.

Nur heroische Maßregeln können die Revolution retten, Maßregeln, die die Taktik der Jakobiner, gemäß den ins mehrfache gewachsenen Ausmaßen der Politik und ihren neuen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen steigert. Aber die kleinen Führer der russischen Revolution, die die Dantons, Carnots des Jahres 1793 spielen, die das Vaterland in Gefahr proklamieren, Komitees der öffentlichen Wohlfahrt einsetzen, sie sind Jakobiner gegen das Volk. Die Jakobiner haben im Interesse der Volksmassen die Konterrevolutionäre ins Gefängnis geworfen, die Zeretelli, Kerenki lassen die Gutschkow, Milsjukow frei herumlaufen, dafür aber erlassen sie Haftbefehle gegen die Lenin, Trotzki, Zinowjew und Kamenow. Die Septembriseur haben die Gefängnisse gestürmt, in denen die Gegner der Revolution saßen, um sie dem Volkgericht auszuliefern, die Ohnmachtshaber in Rußland erlauben den pensionierten Spitzeln, die „Prawda“ zu stürmen, die die Stimme des kämpfenden Volkes war.

Mit Eisen und Blut will der Bürger Kerenki Rußland retten und läßt einen Eisenhagel gegen die Söhne des Volkes los, die nicht für die Interessen der Londoner, Pariser und Newyorker Börse sterben wollen. Für den Zaren hat er die Todesstrafe aufgehoben, aber für die russischen Soldaten eingeführt. Die „Kjetsch“, die vom zarischen Minister Protopopow gegründete „Ruskaja Wola“, das alte Reptil die „Nowoje Wremja“ erscheinen frei, aber die revolutionären Soldatenorgane, die „Soldatskaja Prawda“ und die „Dkopnaja Prawda“ sollen verboten werden. Die Jakobiner gegen das Volk handeln, als wollten sie beweisen, wie sehr Marx im Rechte war, als er Hegels Ausspruch, daß sich alle großen historischen Ereignisse und Personen zweimal ereignen, dahin korrigierte: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce! Als blutige Farce spielen die Danton-Kerenki und die Zeretelli-Kobespierre ihre Rolle, und sie wird blutig für sie in jedem Falle enden, ob die Konterrevolution, oder die Revolution siegt.

Was weiter?

Zur Rettung der Revolution haben die kleinbürgerlichen Sozialisten eine militärische Diktatur gegen die Borderreihen der Revolution, gegen das hauptstädtische Proletariat und die revolutionären Soldaten aufgerichtet. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die russischen Sozialpatrioten daran glauben, daß sie auf diese Weise die „Anarchie“ bekämpfen und die Revolution verteidigen. Aber in der Politik handelt es sich nicht um die Absichten, sondern um die Ergebnisse. Und die Ergebnisse der Politik der Sozialpatrioten bestehen in der Schwächung der Kräfte der Revolution. Das zu beweisen ist jetzt nicht mehr nötig, denn kaum wird sich jemand finden, der behaupten könnte, daß man durch Befehle zur Torpedierung revolutionärer Kriegsschiffe, durch Niederkartätschung revolutionärer Truppen, durch Blutbäder unter dem hauptstädtischen Proletariat die Revolution stärkt. Die Sozialpatrioten arbeiten der Konterrevolution in die Hände.

Aber die Schichten, auf die sich die Konterrevolution

stützt, sind ganz anders als die, auf die sich die Sozialpatrioten stützen. Es sind die Junker, die Kapitalisten, die Bureaucratie, die Kirche, die die Träger der Konterrevolution sind. Den Mutterboden des Sozialpatriotismus bilden aber die Bauern, die städtischen Kleinbürger, all die Schichten, die zwar gegen die imperialistische Politik sind, aber die gleichzeitig dank ihren Lebensbedingungen auf dem Boden des bürgerlichen Patriotismus stehen, d. h. ökonomisch gesprochen, zwar sich dem Teufel um die Expansion des Kapitals kümmern, aber ihren kleinen Besitz verteidigen wollen. Sie sind nicht fähig die internationalistischen, proletarischen Mittel der Liquidierung des Weltkrieges zu verstehen, sie wagen nicht, mit dem eigenen und dem Weltkapital zu brechen. Das verbindet sie mit den Sozialpatrioten. Aber während die junkerlich-kapitalistische Konterrevolution die Niederwerfung der Revolution erstrebt, um eine starke kapitalistische konstitutionelle Monarchie zu gründen, um wenigstens eine gute Entschädigung für die Junker zu ergattern, um die Kartelle von der Kontrolle des demokratischen Staates zu befreien, muß das Kleinbürgertum die Liquidierung des Junkertums ohne Entschädigung, den Kampf mit Kartellmonopolisten, die ihm ungeheuer die Existenzkosten verteuern, verlangen, und somit für den Ausbau der Demokratie eintreten.

Da die Sozialpatrioten zwar die Kräfte der Revolution unterdrücken, aber ihre sozialen und politischen Resultate retten wollen, so begrüßt die kapitalistische Konterrevolution ihre Gewaltmaßregeln nur insoweit, als sie ihr den Boden vorbereiten. Haben sie das ganz erreicht, dann wird sie sagen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen... auf das Schafott. Gelingt das der Konterrevolution in absehbarer Zeit nicht — und wir glauben nicht, daß ihre Stunde geschlagen hat — nun, dann wird die Politik der Sozialpatrioten auf die Länge hin unmöglich sein. Die Niederlage, die wachsende wirtschaftliche Krise wird das Kleinbürgertum zu den schärfsten Maßregeln gegen die Junker und Kapitalisten zwingen. Aber die Sozialpatrioten werden zu dieser Politik unfähig sein. Diese Politik ist nur möglich, wenn sich die Regierung auf die revolutionäre Arbeiterklasse stützt. Die heutigen Machthaber, die das Blutbad vom 18. und 28. Juli auf ihrem Gewissen haben, sie können weder das Vertrauen des Proletariats besitzen, noch selbst Vertrauen zu ihm haben. Macbeth hat den Schlaf getötet. Macbeth wird nicht mehr schlafen!

Die russische Revolution steht noch vor großen inneren Kämpfen, in denen sie sich nach dem Zusammenbruch der kapitalistisch-kleinbürgerlichen Koalitionsregierung, die Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Diktatur erweisen wird, in denen neue kleinbürgerliche Führer die Oberhand gewinnen werden, die zusammen mit den Vertretern des revolutionären Proletariats die russische Revolution weiter führen werden. In den sogenannten Menschewiki-Internationalisten und Sozialisten-Revolutionäre-Internationalisten ist vielleicht schon das zweite kleinbürgerliche Aufgebot zu sehen, das trotz seines schwankenden Charakters die Aufgaben übernehmen wird, die die Zeretelli und Dan verraten haben.

Zum Komplott gegen die Bolschewiki.

Parvus.

Wie kam die „erneuerte“ Ochrana, die sich jetzt Kontrajwiedka nennt, auf den ungeheuerlichen Gedanken, die Bolschewiki als des Landesverrats verdächtig zu halten und auf dieses Verbrechen hin zu bespitzeln? Ganz einfach. Die neue Ochrana braucht nur die Papiere der alten Ochrana aufzuschlagen. Die alte Ochrana hat doch der bolschewikischen Dumafraktion den Prozeß wegen Landesverrats gemacht. Sie hatte das Lügenmaterial Alexinskis, der die Genossen, die in der „Gesellschaft zum Studium von Kriegsfolgen“ 1915 vom deutschen Sozialpatrioten Parvus in Kopenhagen gegründet, arbeiteten, als deutsche Agenten denunziert.

Aber was hatten die Bolschewiki mit Parvus zu tun? Als Parvus, der frühere radikale Sozialdemokrat, der Vorsitzende des Petrograder Arbeiterdelegiertenrates von 1905 aus Konstantinopel nach der Schweiz kam, um Mitarbeiter für seine wissenschaftliche Gesellschaft zu werben, wandte er sich unter anderem an Genossen Bucharin, einen jungen hervorragenden Nationalökonom der bolschewikischen Partei. Dieser lehnte das Angebot ab, obwohl er sich in schwerer materieller Bedrängnis befand, und obwohl die Arbeit in einer rein wissenschaftlichen Gesellschaft, auf die Parvus statutarisch keinen anderen Einfluß hatte, als jeder andere Mitarbeiter, prinzipiell zulässig war. Die Bolschewiki griffen zwar Genossen aus anderen Fraktionen, die, wie der Abgeordnete Suraboff, oder Genosse Berajitsch, die Stellen in der Gesellschaft annahmen, mit keinem Worte an, aber selbst wollten sie nichts mit der Institution zu schaffen haben, um bei ihrer ausgesprochen revolutionären Stellungnahme — die sich in den russischen Verhältnissen gegen den Zarismus wandte — mit Parvus, der den Sieg Deutschlands wollte, nicht in einen Topf geworfen zu werden. Als Parvus seine „Glocke“ herauszugeben, begann, brachte der „Sozialdemokrat“, Nr. 48 vom 20. November 1915, das von Lenin und Zinowjew in Genf herausgegebene illegale Zentralorgan der Bolschewiki, einen Artikel, in dem Parvus als Renegat und politischer Abenteurer auf das Festigste angegriffen wurde. Der Artikel ist von Lenin geschrieben.

Unter den Bolschewiki gab es keinen Genossen, der politisch die Haltung von Parvus anders beurteilte. Auch die der bolschewikischen Organisation nicht angehörenden revolutionären Internationalisten haben ähnlich über die Haltung geschrieben.

Wenn über die Politik von Parvus in den internationalistischen Kreisen eine Meinung herrschte, so waren die Urteile über seine Beweggründe verschieden. Lenin war überzeugt, daß auf die Wandlung von Parvus seine Geschäfte einen Einfluß hatten. Andere russische Internationalisten, deren Namen in der Internationale den besten Klang haben, die Parvus nahe kannten, hielten ihn für unfähig sich direkt oder indirekt zu verkaufen. Sie sahen in verschiedenen Seiten seiner alten Ideologie die Wurzel seiner jetzigen Haltung. Das war auch die Meinung unseres Genossen Hanecki, des Mitgliedes der polnischen Parteileitung, als er noch in der Schweiz war und nichts mit Parvus zu tun hatte. Als Hanecki über Frankreich und England nach Dänemark fuhr, wo er Aussicht hatte, durch seine Familienbeziehungen einen

Broterwerb für sich und seine Familie zu finden, sprach, aus Anlaß des Eintritts des Genossen Suraboff in die Parvus'sche wissenschaftliche Gesellschaft, einige nahe polnische Parteigenossen mit Hanecki über das Verhältnis zu Parvus. Sie waren alle der Meinung, daß die Arbeit in der wissenschaftlichen Gesellschaft, die Parvus gegründet hat, zulässig, aber für politisch nicht wünschenswert ist, weil sie als politische Mitarbeit von böswilligen Gegnern gedeutet werden kann.

Hanecki suchte in Kopenhagen Erwerbsarbeit und fand sie nicht. Es eröffnete sich ihm aber die Möglichkeit an einem Handelsunternehmen zu arbeiten, an dem Parvus finanziell beteiligt war. Er ergriff sie: 1. weil er Parvus für einen persönlich ehrlichen Menschen hielt, und bis heute hält, und 2. weil er dadurch in die Lage versetzt war, nicht nur seine Familie zu erhalten, sondern auch der polnischen Parteiorganisation in Rußisch-Polen kräftig finanziell unter die Arme zu greifen, was er auch tat. Politisch verbanden Hanecki mit Parvus nicht nur nicht irgendwelche Bande, sondern durch die Unterstützung der polnischen Parteipresse und Organisation, die den Standpunkt der Zimmerwalder Linken vertrat, arbeitete er der Politik Parvus entgegen.

Die Geschichte kann erst zeigen, wer im Urteil über den Menschen Parvus im Rechte war: Lenin oder Hanecki, daß aber selbst russische Sozialpatrioten im persönlichen Verhältnis zu Parvus, nichts Unzulässiges sahen, das hat der Delegierte des Volkzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates W. Kofanoff protokollarisch erklärt:

Als die Enthüllungen über Parvus in der Presse erschienen sind, da hielten die Genossen es für eine Pflicht Parvus in der Presse mit einer Antwort aufzutreten. Parvus kennzeichnet in der „Glocke“ die Kampagne als eine lügenhafte politische Maché. Alle Kopenhagener Genossen waren der Meinung, es bestünden keine Beweise, daß Parvus ein deutsch-österreichischer Agent sei. Die russischen Genossen hielten auf Grund der politischen Haltung von Parvus eine politische Mitarbeit mit ihm für unmöglich. Aber man lehnte nur den Standpunkt von Parvus ab, ohne seine politische Ehrlichkeit anzugreifen. Die persönlichen Beziehungen zu Parvus wurden von Niemanden abgebrochen. Parvus entfaltete in Kopenhagen keine politische Tätigkeit, er interessierte sich keinesfalls für die russischen politischen Angelegenheiten, machte nicht die geringsten Versuche in dieser Richtung im Verhältnis zu den Mitgliedern der russischen Kolonie zu wirken, oder jemanden zu beeinflussen. Als sich der Charakter der Enthüllungsaktion Alexinskis als eine Verleumdungskampagne zeigte, hatten selbst die Genossen, die anfangs stutzig wurden, keine Zweifel an die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der persönlichen, oder geschäftlichen Beziehungen zu Parvus. Ich persönlich halte es für ausgeschlossen, daß Parvus sich in Abhängigkeit von der deutschen Regierung befindet und in ihrem Auftrage handelt.

Diese Erklärung hat W. Kofanoff am 9. Juli zu Protokoll gegeben und durch seine Unterschrift bekräftigt. Und Kofanoff ist noch jetzt, als er nach Stockholm zwecks Organisation der Friedenskonferenz kam, zusammen mit dem Sekretär der russischen Delegation, dem Genossen Tatjana Rubinstein, mit Parvus zur sammengekommen, schon nachdem Hanecki wegen seine-

Beziehungen zu Parvus in der sozialpolitischen Presse, dem Petrograder „Den“ nicht nur in den Rot getreten wurde, sondern als deutscher Agent dargestellt war. Wir rekapitulieren: die bolschewikische Partei mit Lenin und Zinowjew an der Spitze hatte den Standpunkt von Parvus in schärfster Weise abgelehnt. Persönlich hat sie mit ihm nicht das Geringste zu tun gehabt.

Ein Mitglied der polnischen Organisation, die solidarisch mit den Bolschewiks geht, und der seit Mai zur auswärtigen Vertretung der Bolschewiks gehört, steht in geschäftlichen Beziehungen zu dem Kapitalisten Parvus, weil er ihn als ehrlichen Menschen ansieht. Von Hanekki hat die Bolschewikische Partei, geschweige denn Lenin oder Zinowjew, keinen Groschen genommen. Die einzige politische Organisation, die vom Genossen Hanekki unterstützt wurde, war die Warschauer Organisation des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens. Von Parvus hat niemand von den Bolschewiks einen Groschen für irgend welche politische Zwecke bekommen. Parvus hat auch niemals ihnen ähnliche Angebote gemacht.

Das zynischste an der ganzen Geschichte ist aber das Schweigen der führenden menschenwürdigen Sozialpatrioten, der Zeretelli, Dan u. Co. Diese Herren gehen jetzt zu Verhandlungen mit den Scheidemännern und Ebert, deren Vertrauensmann Parvus ist und sie sehen ruhig zu, wie man Menschen an den Galgen bringen will wegen wirklicher, oder angeblicher Beziehungen zu Parvus. Wir werden noch Gelegenheit haben zu dieser Haltung der menschenwürdigen Parteiführung zurückzukehren.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Herr Michaelis wird vom „Hamburger Fremdenblatt“ folgendermaßen interpretiert:
„An diese Tatsachen zu erinnern ist daher unerlässlich, wenn man Herrn Lloyd George begreiflich machen will, was Sicherung der Grenzen heißt, und worauf es beim belgischen Problem ankommt. Es muß verhindert werden, daß Belgien als ein Torweg, dessen Pforten an unser Haus angebaut sind und nicht an dasjenige Englands, von der andern Seite des Kanals geöffnet und geschlossen werden kann ohne unsere Einwilligung. Nicht mehr und nicht minder. Ob der Mechanismus, der diesen Zweck gewährleistet, internationaler Art ist oder wie sonst, ist eine Frage, die sich erst bei den Friedensverhandlungen lösen läßt, d. h. erst dann, wenn Lloyd George, oder wer dann an seiner Stelle sein wird, für deutsche Kanzlerreden ein etwas flüssigeres Verständnis haben wird, als es heute schon vorhanden ist. Die Zeit wird kommen.“
Selbstbestimmungsrecht der Völker!

31. Juli.

Die „Leipziger Volkszeitung“ läßt sich folgende Interna vom Kölner Metallarbeiter-Kongress berichten: Vor einigen Wochen — Ende Juni — wurde bekanntlich der Verbandstag des Metallarbeiterverbandes in Köln abgehalten. In der Presse wurde bereits darüber berichtet. Wichtige, wissenschaftliche Einzelheiten, besonders für die Verbandsmitglieder — blieben dabei unberücksichtigt. Die Berichte der sozialpatriotischen Presse geben überhaupt kein richtiges Bild der Vorgänge auf diesem Verbandstage, auf dem es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Opposition gegen die Verbandsleitung und der letzteren kam. Die Opposition kann eine starke Wirkung ihres Vorgehens und einen beachtenswerten Erfolg für ihre Auffassung haben, die sich speziell gegen die Kriegspolitik der Generalkommission und der Leitung des Metallarbeiterverbandes richtete. Wenn sie auch keine Mehrheit errang, so zeigt doch das Abstimmungsergebnis, daß die Sache der Opposition in den Kreisen der Mitglieder starken Rückenhalt hat.

Bei der entscheidenden Abstimmung, die das Stärkeverhältnis am besten anzeigt, entfielen 73 Stimmen zugunsten der Verbandsleitung, 44 für die Opposition. Dabei ist zu beachten, daß von 44 Delegierten, die Beamte des Verbandes sind, 38 gegen die Opposition stimmten. Daraus ergibt sich, daß von den Delegierten aus

Mitgliederkreisen sich nur 35 für den Verbandsvorstand erklärten. Diese Tatsache ist zur Beurteilung folgender Vorgänge äußerst wichtig: Unter anderem wurde für alle Beamten des Verbandes eine Teuerungszulage verlangt und auch bewilligt. Demnach erhält jeder Beamte eine Teuerungszulage von nicht weniger wie 125 Mk. monatlich. Aber nicht genug damit. Diese Zulagen wurden rückwirkend vom 1. Juli 1916 ab bewilligt, so daß also die Beamten für ein ganzes Jahr auf einmal 1500 Mk. aus der Verbandskasse nachbezahlt erhalten. Die Mehrheit für diesen Beschluß wurde wiederum dadurch erzielt, daß die Beamten-Delegierten für diesen Beschluß stimmten. Sie bewilligten sich also selbst diese enorme „Teuerungszulage“!

Weiter lag ein Antrag vor, in Zukunft sämtliche Gehälter der Beamten, also auch die der Ortsbeamten, aus der Hauptkasse zu bezahlen. Auf diese Weise sollten letztere völlig materiell unabhängig von dem Willen der Mitglieder gemacht werden, denen man damit einen wichtigen Teil des Selbstbestimmungsrechts rauben wollte. Der Grund ist leicht ersichtlich. Er liegt ebenfalls in den bestehenden Differenzen der gegenwärtigen Zeit. Der Antrag richtet sich in erster Linie gegen die oppositionellen Mitglieder. Dieser Vorstoß mißlang allerdings, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und der Antrag infolgedessen abgelehnt wurde.

2. August.

Genosse Leo Trotzky erklärt in der „Prawda“, daß zwischen seinem und der Bolschewiki Standpunkt kein Unterschied bestehe. Er fordert seine Anhänger auf sich der bolschewikischen Organisation anzuschließen, noch bevor der gemeinsame Parteitag die besondern Organisationen liquidiert.

3. August.

Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Stockholm: Die Arbeitertagung, die am 28. und 29. Juli in Trondhjem abgehalten wurde, hat in der Militärfrage eine Entschiedenheit zugunsten der direkten Aktion, d. h. der Dienstverweigerung gefaßt. Die norwegische Parteileitung hat nun zur Erhaltung der Parteeinheit eine gemeinsame Beratung mit den Gewerkschaften einberufen.

Das „Hamburger Echo“ schreibt: „Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten. Die Regierung weiß, wir wissen und das Ausland weiß, daß mit unserer Macht zu rechnen ist. Wenn der Druck der letzten Wochen auf die Regierung anhielte, ohne daß — wie bisher — die feindlichen Völker und Sozialisten auf ihre Regierungen den entsprechenden Druck ausüben, so ist die unausbleibliche Folge: nicht, daß man den Frieden nützt, sondern daß man dem Vaterlande schadet. Schon jetzt kann man nachteilige Wirkungen unserer einseitigen Friedenspolitik auf unser Land erkennen. Das war nicht die Absicht. Bis auf weiteres müssen wir in dieser Beziehung neben die Regierung treten. Sind die Franzosen und Engländer bereit, mit uns und den Russen in Stockholm zusammenzuarbeiten, dann allerdings besteht für unsere Politik die entgegengesetzte Voraussetzung. Aber auch nur dann erst. Das sollten sich die Entente-Sozialisten gefaßt sein lassen.“

Es ist doch beruhigend, daß das „Hamburger Echo“ bleibt, was es gewesen ist. Seinerzeit bekam es einen Wutanfall, als die Landtagsfraktion das gleiche Wahlrecht forderte. Jetzt hat so etwas die Regierung selber erlaubt. Sofort aber muß der Monteur von der Arbeit mahnen: Aber biete, nicht zuviel Nachdruck!

4. August.

Es gibt doch noch eine ausgleichende Gerechtigkeit. Was sie dem einen nimmt, gibt sie dem anderen. Langsam werden einige Zahlen über die Verschiebungen der Vermögen während des Krieges bekannt. Die Kriegsteuer, die nur von Vermögen über 10000 Mk. bei übermäßiger Steigerung gezahlt wird, gibt einen Anhalt dafür. So hat der Kreis Solingen mit seinen 180000 Einwohnern nach der jetzt beendeten Einschätzung dreizehnhundertzwanzig Millionen Kriegsteuer zu zahlen (genau: 23 690 722,55 Mk.). Davon entfallen auf den heute etwas über 50000 Einwohner zählenden Stadtkreis Solingen 8 719 516,80 Mk., auf den etwa 130000 Einwohner umfassenden Landkreis 14 971 205,75 Mk. Weniger überraschend, aber auch sehr hoch ist die Veranlagung zur Besitzsteuer ausgefallen. Sie betrug im Stadtkreis Solingen 412 010,80 Mk., im Landkreis 625 484,80 Mk. In Breslau hat sich eine starke Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Steuern ergeben; das Gesamteinkommen der Breslauer Steuerzahler ist um 40 bis 50 Millionen Mark gestiegen. Allein die Zahl der Millionäre hat sich, nach Breslauer Blättern, um 160 vermehrt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 33

Erscheint wöchentlich einmal. **Bremen, den 18. August 1917** Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:	
Zur Steuerfrage (Schluß folgt)	Seite 249
Zimmerwald am Scheidewege. Von K. Radek	„ 250
Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus. Von Leo Trotzky (Schluß folgt)	„ 253
Die internationalen Lehren der Petrograder Sultage	„ 254
Aus unserm politischen Tagebuch	„ 255
Feuilleton:	
Frieden — Vertrauen! Von Franz Ziegler	„ 255
Der Egoist. Von J. Turgenjew	„ 256

Zur Steuerfrage.

Der Steuerbedarf.

Manche Leute haben herausgefunden, daß der Krieg eine kolossale Förderung der moralischen und wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes gebracht habe. Was die Moral anlangt, so haben wir keine Ursache, uns mit ihnen irgendwie auseinanderzusetzen. Sie sind genug gestraft durch ihre verzweifeltten Anstrengungen. Leichter haben es die Optimisten der Kriegswirtschaft. Mit ein paar Zahlen lassen sich wunderbare Kunststücke machen. Was aber in Wirklichkeit bewiesen wird, ist nur, daß die kapitalistische Wirtschaft ungeheuerlich verstärkt wurde, wodurch sich die Gewinne ins Märchenhafte steigerten und der Konzentrationsprozeß des Kapitals ungemein gefördert worden ist. Der Krieg ist nur ein Vernichter, kein Schöpfer neuer Werte. Diese vernichteten Werte lassen sich nicht abschätzen. Sie bestehen in der zerstörten Arbeitskraft der Millionen Toten, Verwundeten, durch Kriegswirkungen Erkrankten, des durch den Geburtenrückgang unterdrückten jungen Lebens; in den verwüsteten Städten und Dörfern, dem zermahlten Boden; in den Rohstoffen und den Ansammlungen verbrauchter Güter usw. Der Frieden wird eine überaus geschwächte Wirtschaft vorfinden, mit der er Aufgaben lösen soll, die bisher an keinen Staat herangetreten sind. Dazu kommt das böse Kriegserbe der Milliardenanleihen.

Diese Anforderungen bestimmen den Bedarf an neuen Steuern. Schon jetzt sind über 80 Milliarden Reichsanleihen bewilligt. Da der Krieg nicht in kürzester Zeit beendet sein und die Demobilisation noch gewaltige Kosten verursachen wird, muß mit einem Mindestbetrag von 100 Milliarden Mark gerechnet werden. Ein solch ungeheure Last kann nicht für alle Ewigkeit getragen werden, der Staat muß versuchen, sie abzutragen. Wenn er dies nur zu 0,5 Proz. tut, so ergibt sich durch Abtragung und Verzinsung der Reichsanleihen eine jährliche Ausgabe von 5,5 Milliarden Mark. Es ist dann eine Ver-

sorgung der Kriegsinvaliden, der Witwen und Waisen notwendig. Noch ist es vollkommen unklar, wie hoch die Ausgaben für diesen Zweck sein werden. Eine solche Schätzung hat der freikonservative Freiherr v. Zedlig vorgenommen, der darüber schreibt:

„Nach dem Vorgehen bei dem Reichsinvalidenfonds wird man behufs gleichmäßiger Verteilung der Belastung an die Festlegung eines Kapitals zu denken haben, das neben den Zinsen den Jahresbedarf durch allmähliche Aufzehrung deckt. Unter Zugrundelegung der Zahl der Kriegsteilnehmer, der Toten und Invaliden, der Höhe der gesetzlichen Pensionen und Hinterbliebenengelder und unter Berücksichtigung der Zusage der Reichsregierung, für Invaliden und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, welche vor dem Kriege ein höheres Arbeitseinkommen hatten, ihrer bisherigen Lebensführung entsprechende Zulagen zu gewähren, wird der Bedarf für die Zeit bis zum 1. Oktober d. S. (1915) sachkundig auf nicht allzuviel unter 20 Milliarden geschätzt. Je länger der Krieg dauert, umso größer muß selbstverständlich der neue Invalidenfonds werden.“

Nimmt man an, daß die Veränderungen in den für die Höhe eines solchen Fonds bestimmenden Verhältnissen — möglicher Rückgang der durchschnittlichen Tageslohn, höheres Lebensalter und damit größere Angehörigenzahl der Gefallenen und Krüppel und dergl. — sich gegenseitig ausgleichen, so müßte der Fonds mit dem Ende des dritten Kriegsjahres 48 Milliarden Mark betragen. Die Gründung eines solchen Fonds ermöglicht es, die geradezu phantastischen Kosten der Fürsorge in den ersten Jahren gleichmäßig auf lange Jahre zu verteilen. Notwendig aber ist, daß die Schuld wenigstens dann auch abgetragen ist, wenn der Fonds durch die Auszahlungen aufgezehrt ist. Das dürfte in spätestens 50 Jahren sein. Das würde eine Abtragsquote von 2 Proz. im Jahre ergeben. Nun wird der Fonds nur auf dem Anleihewege zu beschaffen sein, weil andere Quellen kaum zur Verfügung stehen. Ein starker Rückgang des Zinsfußes, der von verschiedenen Seiten nach dem Kriege erwartet wurde, wird immer mehr als eine Illusion betrachtet, da nach dem Kriege ein großer Kapitalbedarf auftreten dürfte. Danach dürften für Verzinsung und Tilgung der für die Kriegsoffer-Fürsorge nötigen Anleihe 7—8 Proz., das sind etwa 4 Milliarden Mark in Frage kommen.

Weiter wird es nötig, die verwüsteten Provinzen wieder aufzubauen, industrielle Schäden zu vergüten usw. Zur Wiederherstellung der Handelsflotte hat sich der Reichstag schon verpflichtet. Statt der Abrüstung, von der die Unabhängigen noch immer träumen, wird die Rüstung zu Lande und zu Wasser, die durch den Krieg

* Freiherr von Zedlig-Neukirch, Finanzen in und nach dem Kriege. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1915.